10 / 2013 www.SBL2013.de 22.03.13

Infoservice

Sabines Woche

Sabine Bätzing-Lichtenthäler:
Ihre Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Neuwied/Altenkirchen

Hallo Wahlkreis !

Liebe Genossinnen und Genossen,
eine sehr turbulente Woche liegt hinter uns: Am Dienstagabend hat das Parlament in Zypern das EU-Rettungspaket abgelehnt. Durch die geplante Beteiligung der ‚kleinen Sparer' an dem Hilfspaket sind Ängste ausgelöst worden, die die Krise noch verschärft haben. Das Zypern-Desaster trägt Merkels Handschrift. Es war nicht allein Wolfgang Schäuble, der verhandelt hat, sondern die Kanzlerin selbst. Sie hat beim Brüsseler Gipfel die Linie vorgegeben. Die Kanzlerin hat das Versprechen, dass sie 2008 gemeinsam mit Peer Steinbrück den deutschen Kleinsparern gegeben hat, für ganz Europa verraten. Die ins Rettungspaket hinein verhandelte Beteiligung der einfachen Sparer hatte nicht nur in Zypern Ängste ausgelöst Auch deutsche Sparer wurden massiv verunsichert Für die Lösung der Krise gilt: Die Aktionäre und Anleger der Banken in Zypern sind zu beteiligen und die Last nicht allein dem Steuerzahler aufzubürden!. Ihr seht: Es bleibt spannend! Damit verabschiede ich mich in die Osterpause! Die nächste Ausgabe gibt es erst am 12.4.2013! Frohe Ostern! Herzlichst

eure Sabine

Berlin

Jakob-Kaiser-Haus
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: (0 30) 22 77 74 32
Fax: (0 30) 22 77 64 44
sabine.baetzing-lichtenthaeler@bundestag.de

Wahlkreis

Betzdorf
Bahnhofstraße 19
57518 Betzdorf

Telefon: (0 27 41) 2 54 54
Fax: (0 27 41) 2 74 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler@wk2.bundestag.de

Puderbach
Mittelstraße 17
56305 Puderbach

Telefon: (0 26 84) 9 57 10 60
Fax: (0 26 84) 9 57 10 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler@wk.bundestag.de

Topthema

NPD-Verbot – Bundesregierung duckt sich weg

Nachdem Kanzlerin Merkel eine gemeinsame Haltung ihres Kabinetts zum NPD-Verbot angekündigt hat, lehnen nun die fünf FDP-Minister einen NPD-Verbotsantrag durch die Bundesregierung ab. Philipp Rösler hat das mit dem Satz verbunden: „Dummheit lässt sich nicht verbieten." Diese Bagatellisierung ist unerträglich. Nach einer monatelangen Hängepartie kommt das Kabinett zu einem erbärmliches Ergebnis. Die Regierung Merkel zeigt sich unfähig, den Kampf gegen den organisierten und mit gewaltbereiten Gruppen vernetzten Neonazismus aufzunehmen. Unsere Bundestagsfraktion bleibt dabei: Vor Feinden der demokratischen Verfassung darf es kein Zurückweichen geben. Gerade in dieser Woche gilt es, daran zu erinnern.

80 Jahre Rede Otto Wels gegen das Ermächtigungsgesetz

Der Jahrestag des „Ermächtigungsgesetzes" mahnt alle Demokratinnen und Demokraten jedes Jahr aufs Neue. Wir dürfen in unserem Engagement für Demokratie und Freiheit nicht nachlassen. Rechtsextremismus und rechte Gewalt sind in Deutschland keine Randerscheinungen. Rassistische, antisemitische und fremdenfeindliche Einstellungen sind in allen gesellschaftlichen Gruppen verankert. Sie verletzen die Grundwerte einer freien und solidarischen Gesellschaft. Mit der Aufdeckung der NSU-Mordserie, den Wahlerfolgen rechter Parteien und den Naziaufmärschen und -demonstrationen zeigt sich, dass ein entschiedenes Handeln gegen Rechtsextremismus von allen gesellschaftlichen Gruppen und jedem Einzelnen nötig ist. Wir müssen uns dauerhaft mit dem Rechtsextremismus und der Stärkung der demokratischen Kultur in unserem Land auseinandersetzen. Wir Sozialdemokraten stehen seit 150 Jahren konsequent für Demokratie und Freiheit – und für den entschiedenen Kampf gegen Rechts. Der Jahrestag des Ermächtigungsgesetzes und die mutige Rede von Otto Wels sind für mich Anlass, der mutigen und entschlossenen Sozialdemokraten, Kommunisten und Gewerkschafter zu gedenken, die ihre Überzeugung auch im Angesicht von Schlägertrupps und braunem Mob nicht aufgaben und dafür zum Teil mit ihrem Leben bezahlten. Ihr Vermächtnis ist unser Auftrag.
Dass sich im Durchschnitt immer noch zwei rechtsextrem motivierte Gewalttaten pro Tag ereignen und dass seit der Wiedervereinigung nach offiziellen Angaben, mehr als 60 Menschen durch rechtsextreme Gewalttaten zu Tode gekommen sind – zivilgesellschaftliche Opferberatungs-stellen sprechen sogar von mehr als 180 Todesopfern rechter Gewalt – ist ein klares Zeichen dafür, wie nötig Engagement gegen Rechts auch heute ist.
Mit der rassistischen Mordserie des NSU erreichte rechte Gewalt einen neuen, traurigen Höhepunkt. Der Kampf gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus ist für uns eine gesamtgesellschaftliche, gesamtstaatliche und alle Generationen betreffende Aufgabe. Dabei setzen wir bewusst auf die Vielfalt der Aktivitäten und Initiativen vor Ort. Und dazu gehört für uns auch ein Verbot der NPD. Der Bundesrat hat das Verfahren auf den Weg gebracht. Wir begrüßen diesen längst überfälligen Schritt. Wir sind der Überzeugung: Die NPD gehört nicht in unser demokratisches Parteienspektrum. Wir haben keinen Zweifel, dass die NPD eine aggressiv-kämpferische Grundhaltung gegenüber unserer demokratischen Grundordnung hat. Wir dürfen nicht länger zusehen, wie die NPD das System lächerlich und verächtlich macht, wie sie es ausnutzt und unterläuft, wie sie es aushebeln und schließlich abschaffen will. Dass die Bundesregierung sich an dem Verbotsverfahren nicht beteiligt, ist ein schlechtes Signal. Im Kampf gegen Rechtsextremismus ist ein Schulterschluss aller Demokratinnen und Demokraten nötig. Ein Verbotsverfahren, das von allen Verfassungsorganen getragen wird, wäre der richtige Weg gewesen. Mit ihrem Nein in der Bundesregierung fällt die FDP auch ihren Partei-

freunden in den Ländern in den Rücken, die in Niedersachsen und Bayern als Koalitionspartner das Verbotsverfahren mit auf den Weg gebracht haben. Und wer dann noch den Rechtsextremisten nur Dummheit unterstellt, spielt ihnen genau in die Hände. Herr Rösler hat wirklich nichts verstanden. Mit einem eigenen Antrag setzen wir uns nun dafür ein, dass wenigstens der Bundestag sich an dem Verbotsverfahren beteiligt.

Arbeit und Soziales

21. März 2013 – Equal Pay Day: Entgeltgleichheit schaffen

Die Gleichbehandlung von Frauen und Männern beim Arbeitsentgelt ist ein Grundrecht. Doch der Durchschnittsverdienst von Männern ist um 23 % höher als der von Frauen. Demnach müssen Frauen bis zum 21. März des Folgejahres arbeiten, um genauso viel Geld zu verdienen wie die Männer. Unser Gesetzentwurf schafft einen rechtlichen Rahmen für die Prüfung und Beseitigung von Entgeltdiskriminierung. Die Antidiskriminierungsstelle des Bundes soll Prüfungsverfahren und Sachverständige zertifizieren sowie Tarifverträge prüfen. Diskriminierende Regelungen müssen von den Tarifparteien beseitigt werden. Die Arbeitgeber müssen regelmäßig ihre Entlohnungspraxis überprüfen. Die betriebliche Interessenvertretung ist daran zu beteiligen. Die Ergebnisse der Prüfung sind im Betrieb zu veröffentlichen und an die Antidiskriminierungsstelle zu übermitteln. Bei Entgeltungleichheit wird in Betrieben mit Betriebsrat eine Einigungsstelle gebildet. In Betrieben ohne Betriebsrat müssen mithilfe eines Sachverständigen innerhalb eines Jahres Gegenmaßnahmen ergriffen werden.

Energie

Regierung: Keine Antwort auf steigende Energiekosten

Während Bundesumweltminister Altmaier mit unhaltbaren Zahlen zu den Kosten der Energiewende Investoren verschreckt, zeigt die schwarz-gelbe Koalition zugleich absolutes Desinteresse daran, die steigenden Energiekosten für private Verbraucherinnen und Verbraucher abzufedern.
Unsere Bundestagsfraktion hat in ihrem Antrag konkrete Maßnahmen genannt, mit denen die zunehmenden Belastungen privater Haushalte gedämpft werden könnten. Diese würden kurzfristig und spürbar wirken, ohne Verunsicherung zu erzeugen und das Vertrauen von Investoren in die Energiewende nachhaltig zu zerstören. Die Abgeordneten von Union und FDP blieben in der Ausschusssitzung den Verbraucherinnen und Verbrauchern die Antwort schuldig, wie sie das schwarz-gelbe Chaos in der Energiepolitik wieder in den Griff bekommen wollen.
Wir schlagen unter anderem vor, eine Stromsteuerbefreiung für den Grundverbrauch privater Haushalte einzuführen. Da durch die höheren Strompreise zugleich die Umsatzsteuereinnahmen gestiegen sind und weiter steigen werden, sollten die Verbraucherinnen und Verbraucher einen Teil davon zurückerhalten. Auch die Steigerung der Energieeffizienz birgt für private Haushalte erhebliche Einsparpotenziale. Daher ist die Auflage eines Energieeffizienzfonds aus unserer Sicht dringend geboten, um die Energieberatung und die Umsetzung von Energieeffizienzmaßnahmen finanziell zu unterstützen. Anlass zur Debatte im Verbraucherausschuss gab die Antwort der Regierung auf unsere Große Anfrage zur Energiewende. Die Antwort zeigt, dass Minister Altmaier nicht weiß, wie sich die Kosten der EEG-Umlage entwickeln werden und ob diese durch die bereits ergriffenen Maßnahmen sinken könnten. Auf einer solchen Grundlage lässt sich kein solides Konzept entwickeln.

Bonbon

„Entweder das Ding fliegt oder ich fliege…“

(Matthias Platzeck zu BER)

Gesundheit

Prävention – das Feigenblatt der Regierung

Kurz vor knapp verabschiedet das Bundeskabinett heute noch schnell einen Gesetzentwurf zur Förderung von Prävention. Drei Jahre lang hatte sie eine „Präventionsstrategie“ versprochen, die dann ihren Namen nicht wert war. In 2010 haben alle Oppositionsfraktionen Anträge zum Thema vorlegt, die die schwarz-gelbe Regierungskoalition rundherum abgelehnt hatte – ohne einen eigenen Antrag oder ein Gesetz vorzulegen.

Es ist mehr als durchsichtig, welche Absichten die Bundesregierung hegt, wenn das Kabinett heute – drei Monate vor der Sommerpause – ein Gesetzentwurf zur Förderung der Prävention beschließt. Der nun beschlossene Gesetzentwurf zur Förderung der Prävention dient lediglich als Feigenblatt für den aufkommenden Wahlkampf. Es soll die jahrelange Untätigkeit der Bundesregierung im Bereich der Prävention überdecken.

Der Gesetzentwurf hält kaum Impulse für eine verbesserte Prävention bereit und kann die zahlreichen Schnittstellenprobleme im Bereich der Prävention und Gesundheitsförderung nicht beseitigen. Nicht einmal die wenigen konkreten Maßnahmen verdienen eine Unterstützung. Sämtliche Stellungnahmen der Verbände sind katastrophal schlecht ausgefallen. So kritisieren die Verbände zu Recht die nicht zweckdienliche Förderung der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) im Bereich der Primärprävention. Sie ist sachlich nicht nachvollziehbar und die Übertragung von Beitragsmitteln von Versicherten auf die BZgA ist fragwürdig.
Das Gesetz fördert nur die sowieso schon Gesundheitsbewussten, statt zielorientiert im Alltag und vor Ort die Menschen zu erreichen, die Präventionsangebote bisher nicht wahrnehmen.

Diese Vorgehen der Regierung Merkel haben die Akteure und Ehrenamtlichen im Bereich der Prävention nicht verdient. Unsere Bundestagsfraktion hat im Antrag „Potenziale der Prävention erkennen und nutzen – Prävention und Gesundheitsförderung über die gesamte Lebensspanne stärken“ aufgezeigt, wie Prävention zur vierten Säule im Gesundheitswesen ausgebaut werden kann. Nicht zuletzt vor dem Hintergrund einer älter werdenden Gesellschaft ist dies dringend erforderlich.

Termine

23.03.13 - 05.04.13		**Osterpause – FROHE OSTERN!**
06.04.13	*20.00 Uhr*	*Nachtschicht PI Linz*
08.04.13	*14.00 Uhr*	*Qualität der Re9, KV Altenkirchen*
	19.00 Uhr	*SPD Kreistagsfraktion Altenkirchen*
09.04.13	*14.00 Uhr*	*Betriebsbesuch Berge & Meer*
	16.00 Uhr	*Seniorenbeirat Linz*
	19.30 Uhr	*Mitgliederversammlung Dierdorf*
10.04.13	*10.00 Uhr*	*Gespräch Bruder Ulrich, Hausen*
	14.00 Uhr	*Gespräch Franziskanerinnen*
	19.00 Uhr	**Sabine trifft… Ulrike von der Lühe, Verbraucherschutzzentrale RLP zum aktuellen Thema „Verbraucherschutz“ in Neuwied, im Brauhaus zur Nette**
11.04.13	*15.00 Uhr*	*Diakonie Altenkirchen*
	19.00 Uhr	*Mitgliederversammlung Altenkirchen*
12.04.13	*ganztags*	*BLAULICHTTAG (alle Polizeiinspektionen von 7-17.00 Uhr)*
	17.00 Uhr	*Großes Wahlkampfteam*

ACHTUNG: *Kursivgedruckte Termine* **sind nichtöffentliche Termine oder Termine wo eine gesonderte Einladung erforderlich ist.**